

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 18 (1966)
Heft: 9

Rubrik: Bildschirm und Lautsprecher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

cher auf ihre Seite zu bringen. Wir aber dürfen auch nicht in den Schatten eines Scheins geraten, wir helfen irgendeiner Partei. Wir haben gemäss unserer Verfassung keine Redaktionsmeinung."

Das scheint eine klare, unmissverständliche Haltung. Und trotzdem ist die BBC heute in eine unangenehme Lage geraten, indem sie sich durch ihr Verhalten vor den letzten Wahlen die Feindschaft des mächtigsten Mannes in England zugezogen hat, des Ministerpräsidenten Wilson höchstpersönlich. Der Fall ist lehrreich.

Wahrscheinlich geht der Streit schon auf eine Konferenz der Labour-Partei im letzten Jahr zurück. Damals wurde der Leiter der politischen Abteilung plötzlich zum Premier befohlen, der ihn fragte, warum er ausgerechnet einen Vertreter der äussersten Linken veranlasst habe, über die Steuerpolitik der Partei zu sprechen, da er doch gewusst habe, dass dieser die Anschauungen der Partei nicht teile. Wilson erklärte schon damals, es sei eine feindliche Handlung der BBC gegen die Partei, gerade diesen Mann als Star-Vertreter derselben herauszustellen. Es kam zu einer Diskussion, die zu nichts führte. An der gleichen Tagung warf dann Wilson dem Vertreter der BBC am Schlusse vor, sie hätten den Finanzminister Brown während einer Sendung in der unventilierten Fernsehkabine mit Scheinwerfern geröstet. Auch hier ergab die Diskussion kein Resultat, und Wilson brach sie, rot vor Zorn, ab.

Es war Eingeweihten schon lang bekannt, dass seitdem Wilsons Zorn über die BBC ständig zugenommen hatte und schliesslich ein derartiges Ausmass annahm, dass eine "sizilianische Vendetta" gegen die BBC nach den Wahlen zu befürchten war. Seine erste Handlung nach den Wahlen, am folgenden Morgen nach dem Sieg, war gegen die BBC gerichtet.

Diese hatte schon Wochen vorher für den Sieger eine grosse Sendung vorbereitet, die in einem Sieger-Interview erfolgen sollte, während er am Morgen des Siegestages von Liverpool nach London fuhr. Komplizierte Einrichtungen waren getroffen worden, die einen Monat in Anspruch nahmen und eine grosse Summe kosteten. Es sollte die erste Micro-Wellensendung überhaupt aus einem fahrenden Zuge sein, und war raffiniert ausgestattet, vollgepackt mit Apparaturen. Selbstverständlich war der Premier rechtzeitig über den Plan informiert worden, ohne dass er etwas dagegen gesagt hätte. Die BBC hatte ausserdem zwei Reporter gesandt, die beide verschiedene Parteimitglieder von Labour, Wilsons Partei, waren, und die er persönlich kannte.

Doch einmal im Zuge, weigerte sich Wilson kategorisch, der BBC das vorbereitete Interview zu geben. Er müsse ihr einmal eine Lektion erteilen, das weitere werde sie sehen. Alles Bitten half nichts. Dagegen gewährte er sofort ein Siegesinterview der privaten "Independent Television". Er erklärte weiter, es komme ihm darauf an, seinen Zorn öffentlich zu demonstrieren. Sein Verhalten war so ostentativ, dass die Vertreter der "Independent" selbst in Verlegenheit gerieten. Sie fürchteten, dass eine so ausgesprochen sonnige Regierungsgunst sie bei vielen Leuten in falschen Verdacht bringen könnte. Verschiedene Blätter konnten sich denn auch nicht enthalten, darauf hinzuweisen, dass der sozialistische Premier die private, "kapitalistische" Independent-Fernsehgeseellschaft, die nach Gewinn strebt, favorisiere, während er die offizielle BBC, ein gemeinnütziges Unternehmen, zu sabotieren unternehme.

Allerdings war der Vorfall nur der dramatische Schlusspunkt unter die vorangegangene Politik Wilsons gegen die BBC. Fünfmal hatte ihn diese gebeten, während der Wahlkampagne in ihrem Fernsehen zu erscheinen. Viermal hatte er kurz abgelehnt, das fünfte Mal überhaupt nicht geantwortet. Er hatte sie regelrecht boykottiert. Dagegen hat er alle drei Einladungen der Konkurrenzgesellschaft "Independent" sogleich angenommen.

Als Grund gab Wilson seinen Freunden an, die BBC hätte Labour immer benachteiligt; in ihren Einladungen hätte sie ihm das Thema vorgeschrieben, und zwar sei es immer ein solches gewesen, welches die Tories (Bürgerlichen) vorher hervorgezogen hätten, um ihm zu schaden. Was Labour in den Wahlen betonte, sei nie vorgeschlagen worden. Auch beschwerte er sich darüber, dass er von der BBC konstant "Mr. Wilson, Führer der Labour-Partei" genannt worden sei, niemals, was er wirklich war, "Premier-Minister".

Die BBC hat sich gegen diese und andere Anschuldigungen Wilsons verzweifelt und erregt zu verteidigen gesucht. Für sie hat der Streit natürlich eine grosse Tragweite, besonders für ihr Ansehen, das weltweit ist. Wenn die Regierung sie boykottiert, wie es jetzt der Fall war, geriete ihre ganze Stellung ins Wanken.

Wilson führt jedoch noch anderes im Schilde. Nach Pressemeldungen beabsichtigt er, der BBC einen "Wachhund" zu geben, einen starken Mann als Aufsicht, der zum mindesten ein Vetorecht, aber auch ein bindendes Vorschlagsrecht für Sendungen besässe. Die BBC ihrerseits hat erklärt, dass sie sich event. genötigt sähe, alle Partei-Sendungen bei Wahlen in Zukunft überhaupt fallen zu lassen. Das will aber die Regierung ebenfalls verhindern, so war es von ihr nicht gemeint. Dagegen wird wahrscheinlich ein drittes Begehren von Parlamentsseite durchgehen, wonach es in Zukunft verboten sein wird, politische Sendungen zu übertragen, in denen Zwischenrufer sichtbar oder hörbar sind.

Der Premierminister ist allerdings in England nicht allmächtig. Er wird riskieren müssen, dass allzu scharfe Massnahmen gegen die BBC auf Widerstand beim liberalen Flügel seiner Partei stossen. Den Bürgerlichen soll nicht die Möglichkeit gegeben werden, über "sozia-

listische Intoleranz" bei den Wahlen in der Öffentlichkeit Klage zu führen. Doch ist bestimmt mit Regierungsmassnahmen zu rechnen, die vielleicht schon erfolgt sind, wenn diese Zeilen erscheinen.

Das Ganze ist jedenfalls ein lehrreicher Beitrag zu dem schwierigen Thema des Verhältnisses zwischen Staat und Radiogesellschaft, besonders dort, wo diese ein Sendemonopol besitzt.

AUSLANDS-FERNSEHEMPFANG

An einer Pressekonferenz des eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes befasste sich Bundesrat Gnägi mit der Fernsehkonzession. Im Anschluss daran äusserte sich der Präsident der Generaldirektion der PTT, Ing. Wettstein, über technische Voraussetzungen des Fernsehens in unserm Land.

Er kam dabei auch auf die Frage des vermehrten Auslandsempfangs zu sprechen, der gegenwärtig viele Gemüter beschäftigt, die sich benachteiligt fühlen, weil ein solcher bei ihnen nicht möglich ist. Er führte dabei aus, dass der Fernsehempfang nur für die Regionalsender gewährleistet ist. Pro Region können in der Schweiz höchstens drei Programme ausgestrahlt werden. Dass in der Schweiz viele Fernseher Programme aus einem oder gar zwei Nachbarländern empfangen können, rührt davon her, dass die verschiedenen nationalen Sendernetze sich überschneiden und in einzelnen Fällen über die Landesgrenzen hinaus wirken. Weite Gebiete geraten bei uns so in den Einzugsbereich ausländischer Sender, (am stärksten Basel, wo neben den einheimischen gleichzeitig deutsche und französische Programme zu sehen sind).

Die Möglichkeit, ausländische Programme zu empfangen, wurde umso höher geschätzt, als sich das Schweizer Fernsehen nur allmählich und in seinen Anfängen eher bescheiden entwickelt hat. Zudem ist die geistige und kulturelle Verbundenheit mit unsern Nachbarn recht ausgeprägt. Es ist denn auch beachtlich, dass der Auslandsempfang nur in Kleinststaaten wie Holland, Belgien und der Schweiz zu einem nationalen Problem geworden ist. Das erklärt auch den Aufschwung des Drahtfernsehens in diesen Ländern.

Das Problem des Auslandsempfangs stellt sich in aller Schärfe und muss gelöst werden. Es gibt Leute, die neue Planungsmethoden fordern, dank denen überall sehr viel mehr Programme ausgestrahlt werden könnten, als dies nach internationaler Planung gestattet ist. Das scheint auf den ersten Blick faszinierend. Einer ernsthaften technischen Prüfung halten derlei Vorschläge aber nicht stand, denn sie missachten die wissenschaftlichen und technischen Gegebenheiten, die jedem wirksamen Plan zugrunde liegen. Wären diese Planungsmethoden begründet, so bliebe es kaum verständlich, dass die besten Spezialisten der Welt sie nicht unverzüglich anwenden. Statt Chimären nachzujagen, ist die PTT besser beraten, wenn sie nach konkreten und zuverlässigen Mitteln und Wegen sucht, um den berechtigten Wünschen der Fernseher nach einer Auswahl an Programmen gerecht zu werden.

Drahtfernsehnetze werden in der Schweiz von privaten Organisationen ausgebaut und betrieben. Die PTT glaubt nicht, dass das Drahtfernsehen alle Probleme lösen könnte. Ein Drahtfernsehnetz mit den heutigen technischen Mitteln erweist sich nur in dicht besiedelten Gebieten als wirtschaftlich, nicht aber in Land- und Berggebieten. All diese Netze sind vom Auslandsfernempfang abhängig. Dieser ist bereits heute oft unzureichend; jede Aenderung in der Struktur des Sendernetzes im Ausland oder in der Schweiz kann den unerlässlichen Fernempfang in Frage stellen.

Bildschirm und Lautsprecher

Spanien

Der weltbekannte Filmregisseur Juan Antonio Bardem erhielt eine Busse von 15'000 Pesetas aufdiktiert, weil er mit andern Künstlern und Schriftstellern in Madrid an einer "freien Versammlung" von oppositionellen Studenten teilgenommen hatte.

Deutschland

- In grossen Gebieten des süd- und westdeutschen Fernsehens ist ein Programmsalat entstanden. Die massgebenden Stellen in Stuttgart und Baden-Baden hatten eine Teilung der Lokalsendungen vereinbart. Da aber die Antennen zahlreicher nicht auf den zu ihrem Gebiet gehörenden Sender ausgerichtet sind, sondern auf einen leichter zu empfangenden Sender beim Nachbarn, erhielten sie nicht mehr die ihnen zustehenden Lokalsendungen auf dem Schirm, sondern jene des Nachbarn. Die Nordbadener erhielten die für Rheinland-Pfalz bestimmten Lokalsendungen, die Pfälzer aber jene für Württemberg-Baden. Allgemeiner Aerger und Proteste waren die Folge. Der von den Rundfunkinstanzen angeordnete Umbau der Antennen kommt nicht in Frage, weil dadurch der Empfang sehr schwach oder ganz dahinfallen würde. Der "kostspielige Schwabenstreich", als was er bezeichnet wurde, könnte nur durch den Bau neuer "Füllsender" beseitigt werden, sofern nicht der frühere Zustand wieder eingeführt werden soll.